



Berlin, 10. April 2012

**Bericht an den Unterausschuss "Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit" zum Thema „Transformationspartnerschaften in der MENA-Region, unter besonderer Berücksichtigung der EU-Kooperation und der Rolle des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) sowie der Beschreibung konkreter politischer Verfahren und Instrumente"**

**1. Einleitung**

Die Umbrüche in der arabischen Welt, die in Tunesien im Dezember 2010 begannen und weitere Länder erfassten, sind eine historische Zäsur mit enormen Herausforderungen und **Risiken und Chancen**. Bundesregierung und Europäische Union unterstützen die Demokratisierungsprozesse. Die **Demokratisierung in der Region vollzieht sich jedoch nicht linear**. Bei freien Wahlen in Tunesien und Ägypten kamen islamische Kräfte an die Macht und drängten liberal-säkulare Kräfte, die zuvor die Revolutionen trugen, an den Rand bzw. an die zweite Stelle.

In der gesamten MENA-Region stehen wachsenden Bevölkerungen mit entsprechenden Anforderungen an das Bildungswesen und den Arbeitsmarkt von Misswirtschaft, Korruption, Kapitalflucht und Migrationsdruck geprägte Volkswirtschaften gegenüber. Viele Länder haben erkannt, dass diese Probleme nur langfristig angegangen werden können. Die **Erwartungen an die internationale Gemeinschaft** und insbesondere an die europäischen Nachbarn sind häufig groß. Es geht vor allem um wirtschaftliche Unterstützung und größere Freizügigkeit.

In diesem Kontext versucht die Bundesregierung seit Anfang 2011 schnell und effizient zu helfen, ohne dabei die Abstimmung mit den europäischen und internationalen Partnern zu vernachlässigen. Daraus sind die frühzeitigen Angebote von **Transformationspartnerschaften** an reformwillige Länder hervorgegangen. Sie sollen sich auch in die erfolgreiche Kooperation der seit langem **bestehenden bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des BMZ** sinnvoll und ergänzend einfügen. Auf europäischer Ebene hat die Bundesregierung auf eine rasche und umfassende Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und auf konkrete partnerschaftliche Unterstützungsangebote gedrängt. Im Rahmen der G8 hat die Bundesregierung den Prozess mit angestoßen, der letztlich zur Deauville-Partnerschaft unter französischem Vorsitz geführt hat.

Nachstehend werden die Ausgangslage in der Region, die Philosophie unserer Transformationspartnerschaften und deren konkrete Umsetzung unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Dimension dargelegt.

## 2. Ausgangslage

Etwas mehr als ein Jahr nach Beginn der dramatischen Entwicklungen kann noch keine Bilanz des Umbruchs in der arabischen Welt gezogen werden, zumal jedes Land seine eigene Entwicklung aufweist. Wohl aber ist eine **Standortbestimmung** möglich:

- In vielen arabischen Staaten hat sich vor allem **in der jungen Generation Zorn und Frustration über mangelnde Zukunftschancen aufgestaut**. Die repressiven Regime in Tunesien, Ägypten und Libyen standen für gesellschaftliche Erstarrung und wirtschaftlich-soziale Stagnation. Unterdrückung und Bevormundung wurden für viele Menschen so unerträglich, dass sie gewillt waren, im Kampf um die Freiheit ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Begünstigt wurden diese Revolutionen durch Mobilfunk und soziale Medien (Blogs, Facebook und Twitter), die eine Vernetzung erlaubten, die von den Sicherheitskräften dieser autoritären Regime nicht mehr zu kontrollieren waren. Aber erst durch eine Verstärkung dieser neuen Selbstwahrnehmung und zur Nachahmung animiert durch Satellitenfernsehprogramme, insbesondere durch den katarischen Sender „Al Dschasira“, entstand eine neue Art arabischen Reform-Gemeinschaftsgefühls. Es sucht bewusst den Anschluss an – nicht die Abgrenzung von – globalen Entwicklungen. Unabhängig vom weiteren Verlauf des Umbruchs in einzelnen Ländern wird diese Entwicklung nicht mehr umkehrbar sein. Zu sehr spiegeln sich in ihr demografische, soziologische wie auch technologische Veränderungen wider. Der Erfolg der Protestbewegungen hat auch deren Selbstbewusstsein gestärkt sowie die Chancen erfolgreicher Mitbestimmung gezeigt. Wer auch immer zukünftig politische Macht in der arabischen Welt innehat, wird mit dieser selbstbewussten neuen Öffentlichkeit rechnen müssen.
- Nicht in allen Umbruchstaaten bestimmen die Menschen, die die Veränderungen maßgeblich mit initiiert haben – darunter zahlreiche Frauen –, die weitere Entwicklung oder profitieren von ihr unmittelbar. Alte Eliten und konservative Interessensgruppen stemmen sich gegen eine gesellschaftliche Modernisierung. Zugleich stärkt die Demokratisierung den **Einfluss häufig gut organisierter und karitativ tätiger religiöser Gruppen, die bislang stark kontrolliert** wurden. Dazu kommt, dass ein Großteil der eher ländlichen, schlecht ausgebildeten Bevölkerung unverändert mit der Grundexistenzsicherung beschäftigt ist und in der Regel tief verwurzelt im regional ausgeprägten Islam ist. Hiervon profitieren nicht nur moderate islamisch-demokratische Parteien, sondern auch radikalere Gruppen.
- Noch differenzierter wird das Bild, wenn nicht nur die innere Entwicklung in den vom Umbruch erfassten Staaten betrachtet wird, sondern die gesamte Region. Trotz verbindender kultureller Faktoren gibt es erhebliche historische, politische und sozio-ökonomische Unterschiede. Sie reichen von jahrtausendalter Staatlichkeit bis zu dominanten Stammesstrukturen, von modernen Bildungssystemen bis zu hohen Analphabetenraten, von rohstoffreichen, wohlhabenden Gesellschaften bis zu bitterster Armut. So überrascht es nicht, dass nicht jedes Land den gleichen Pfad beschreitet und nicht alle Staaten auf ihrem Weg gleich weit vorangekommen sind:
- In **Tunesien** zeichnet sich eine positive Entwicklung ab. Die erfolgreichen Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung und die anschließende Regierungsbildung

der islamisch-konservativen Partei Ennahda mit zwei mitte-linken Parteien waren wichtige Schritte auf dem Weg zur Stabilisierung der Demokratie. Leider wurden bei der Besetzung der wichtigsten Regierungsämter und Kabinettsposten Frauen nur wenig berücksichtigt; dem Kabinett gehören lediglich zwei Frauen an. Das Land kann Vorreiter in der Region bleiben, wenn die für 2012 geplante Ausarbeitung einer Verfassung und anschließende Neuwahlen im Geiste einer demokratischen, rechtstaatlichen und toleranten Gesellschaftsordnung gelingen. Gleichzeitig wird es entscheidend darauf ankommen, dass sich auch die wirtschaftlichen Perspektiven, insbesondere für die jüngere Generation, aufhellen. Wir werden das Land nachhaltig dabei unterstützen, zumal die tunesische Übergangsregierung sehr an einer engen Zusammenarbeit mit Deutschland und der EU interessiert ist.

- In **Ägypten** steht der arabische Umbruch an einem Scheideweg. Ägyptens zentrale Lage und Rolle in Nordafrika, in der Arabischen Liga und vis-à-vis des Nahostfriedensprozesses machen das Land zu einem wichtigen Partner. Deutschland ist zu einer engen Zusammenarbeit mit allen Kräften bereit, die an dem Aufbau demokratischer Strukturen mitarbeiten. Dies schließt die Moslembrüder als Sieger der Parlamentswahlen ein, wenn diese ihrem Bekenntnis zur Demokratie auch entsprechendes Handeln folgen lassen, d.h. Freiheit, Rechtstaatlichkeit, Toleranz sowie inneren und äußeren Frieden gewährleisten. In einem Dialog sollten auch Frauenrechte, Fragen der Gleichberechtigung sowie Minderheiten eine Rolle spielen. Kritisch bleibt die Rolle der radikal-islamitischen Kräfte. Für die Bundesregierung ist allerdings klar, dass deren starkes Abschneiden bei den Wahlen kein Grund sein darf, die Übergabe der politischen Macht an demokratische Institutionen zu verzögern. Immerhin gibt es einen politischen Prozess, der einen Fahrplan für die Übergabe der Macht an zivile Kräfte vorzeichnet. Der Militärrat muss sich nach Ende der Übergangsphase wieder aus der politischen Verantwortung zurückziehen. Bei der Behandlung von Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Strukturen durch den Staat wird die Bundesregierung künftig sehr genau hinsehen. Ägypten hat hier zuletzt einen falschen Weg beschritten. Demokratischer Wandel kann nur dann nachhaltig sein, wenn er von einer unabhängigen Zivilgesellschaft mitgetragen wird. Ähnliches gilt für die Menschenrechtslage im engeren Sinne: Militärverfahren gegen Zivilisten müssen abgeschafft und der Ausnahmezustand ohne Einschränkungen aufgehoben werden.
- In **Libyen** gilt es, ein funktionierendes Staatswesen von Grund auf neu zu schaffen. Das Land hat noch einen langen Weg der Demokratisierung vor sich. Das klare Bekenntnis der Übergangsautoritäten zu Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit ist ermutigend. Die Zahl der Waffen und die Verfestigung des Einflusses von Milizen bereiten hingegen große Sorge. Möglichkeiten einer neuen Verteilung von Macht und Ressourcen, weg von der Konzentration auf die Hauptstadt Tripolis, müssen ausdiskutiert werden. Wir sind bereit, gemeinsam mit der Europäischen Union und den Vereinten Nationen das Land auf seinem Weg zu unterstützen. Deutschland kann insbesondere bei Fragen von Dezentralisierung und Föderalismus einen wertvollen beratenden Beitrag leisten.

- Im **Jemen** ist der Weg zu nationaler Aussöhnung und Demokratisierung im Grundsatz zwar vorgezeichnet, aber vor dem Hintergrund miteinander konkurrierender Machteliten, divergierender Stammesinteressen, konfessioneller Spannungen und von Separationsbestrebungen im Süden bei gleichzeitigem Erstarren von Al-Qaida nicht einfach begehbar. Auch hier spielt eine Regionalorganisation, der Golfkooperationsrat, eine wichtige Rolle bei der Lösung der Krise. Wichtig ist auch hier, Frauen aktiv einzubinden.
- In einer Reihe weiterer arabischer Länder wie z.B. **Marokko** und **Jordanien** haben Regierungen selbst Reformen eingeleitet – auch um die drängenden Anliegen aus der Bevölkerung aufzugreifen. Es bleibt abzuwarten, ob die Reformen zu einer substantiellen Demokratisierung führen.
- In Ländern, in denen die inneren Voraussetzungen für Veränderungen nicht gegeben sind – sei es weil die Mehrheit der Bevölkerung diese nicht fordert oder weil der Druck des Regimes zu groß ist – mahnen wir Veränderungen und Reformen an. Dazu gehören notwendige Verbesserungen der Menschenrechtssituation. Zu diesen Fällen gehören **Bahrain**, wo Demokratisierungsbestrebungen vorerst gescheitert sind, wie auch **Syrien**, wo sie einen Bürgerkrieg ausgelöst haben.

Deutsches Interesse ist es, wo immer möglich Ansätze für friedliche Veränderungen und die Partizipation von Männern und Frauen zu unterstützen.

### **3. Ansatz der Transformationspartnerschaften**

Die sichtbarsten Umbrüche fanden anfangs in Tunesien und Ägypten statt. In beiden Ländern wurden durch Demonstrationen einer sich organisierenden Opposition autokratische Herrscher vertrieben und ein Übergangsprozess hin zu demokratisch legitimierten Herrschaftsformen eingeleitet. Die politische Entwicklung von **Ägypten und Tunesien wurde damit richtungweisend für die gesamte Region**. Ein Erfolg der Demokratisierung und eine wirtschaftliche Erholung können einen enormen positiven Impuls für die Entwicklung der arabischen Welt bedeuten, ein Scheitern dagegen erhebliche negative Auswirkungen auf die politische und wirtschaftliche Stabilität der Region haben. Transformationspartnerschaften zur Unterstützung des demokratischen Wandels dienen damit Deutschlands Interessen in der Region.

Die Idee der **Transformationspartnerschaften** beruht auf Angeboten, die Bundesminister Westerwelle bei seinen Besuchen in Tunis und Kairo im Februar 2011 unterbreitete. Sie basieren auf dem **Vernetzungsgedanken**, der den **gesamten Ressortkreis** einschließt und ein umfassendes, **abgestimmtes Vorgehen der Bundesregierung** zum Ziel hat.

In einem Strategiepapier des Auswärtigen Amtes (Juli 2011), das vom Bundeskabinett indossiert wurde, sind folgende **Eckpunkte** für die Transformationspartnerschaften festgeschrieben:

- Der Umbruch in der arabischen Welt ist ein **langjähriger Prozess, keine lineare Entwicklung** und muss je nach Land differenziert betrachtet werden;

- **deutsche Unterstützung konzentriert sich auf diejenigen Länder, in denen ein selbst initiiertes, tiefgreifendes Reformprozess bereits im Gange ist;**
- deshalb zunächst Fokus auf **Ägypten** und **Tunesien** (auch die EU verfolgt diese Linie);
- **enge Abstimmung** und Einbettung der bilateralen Maßnahmen in EU/G8/VN-Bemühungen.

Mit den Transformationspartnerschaften werden Vorhaben gefördert, die **sichtbare Ergebnisse in der verfügbaren Zeit von zwei Jahren** ermöglichen. Sie sollen den artikulierten Prioritäten Tunesiens und Ägyptens entsprechen. Neben der Bedarfsorientierung und der länderspezifischen Ausgestaltung sind weitere entscheidende Förderkriterien die **Eigenverantwortung** der Partner ("ownership"), die **Absorptionsfähigkeit** sowie die **Stärkung von Netzwerken**. Es ist dabei außerordentlich wichtig, dass Deutschland Tunesien und Ägypten auf Augenhöhe begegnet, nationale Sensibilitäten hinsichtlich einer Beeinflussung von außen beachtet und angedachte Projekte den Transformationsstaaten daher als Angebote deutscher Unterstützung unterbreitet. Die Bundesregierung will sich dabei **auf diejenigen Aspekte konzentrieren, die wir aufgrund unserer historischen Erfahrungen oder anderer Umstände besonders gut können**, wie z.B. der Vermittlung unserer Transformationserfahrung der deutschen Einheit, in der Berufsbildung oder der Mittelstandsförderung.

Die Bundesregierung tut dies in dem Verständnis, dass die **bilateralen Anstrengungen nur einen bescheidenen Einfluss** auf diese großen historischen Umwälzungen haben können. Deshalb konzentriert sie sich auf qualitative Maßnahmen, die eine Multiplikatoren-Wirkung entfalten können und sich einbetten in Maßnahmen der **Europäischen Union** und der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der **G8**, wo die Bundesregierung die Hebelwirkungen in internationalen Gremien optimal zu nutzen bestrebt ist.

Die Bundesregierung will in Ägypten und Tunesien den demokratischen Wandel beratend begleiten und die Verankerung rechtsstaatlicher Prinzipien unterstützen. Im Rahmen von Wiedervereinigung und Aufbau Ost hat Deutschland in vielen Bereichen Erfahrungen gesammelt, die auch für die Transformationsstaaten Nordafrikas und der arabischen Welt von Nutzen sein können. Wichtig für eine **effektive Demokratie** sind z.B. partizipative Strukturen mit Teilhabe von Männern und Frauen in allen Bereichen, ein aktives und einflussreiches Parlament, ein gesundes Verhältnis der Hauptstädte zu den Provinzen, effektive und mittelfristig dezentralisierte Verwaltungen sowie freie und unabhängige Medien. Der Erfolg der Demokratie hängt aber auch von einer sozialen Dividende der Revolution ab – dem Volk muss es besser gehen als unter den alten Regimen. Deshalb will die Bundesregierung u. A. über geeignete Maßnahmen **Bildung, Berufsausbildung und Arbeitsangebote** verbessern – damit die Beschäftigungschancen steigen. Auch hierbei sollen die verschiedenen nichtstaatlichen Akteure und Ressorts ihre vielzähligen Bemühungen umfassend vernetzen, wie es das Auswärtige Amt in einem Ideenpapier für ein „**Netzwerk für Arbeit, Bildung und Mobilität**“ vorgeschlagen hat.

Die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sowie die Implementierung und Einhaltung gleicher Rechte für alle ist eine Voraussetzung für einen erfolgreichen Transformationsprozess. Dieser Grundsatz sollte bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen berücksichtigt werden. Darin fügen sich auch die Maßnahmen

einer neuen **deutsch-arabischen Bildungs-, Kultur- und Medieninitiative „Platz der Zukunft“** (Namensgebung in Anlehnung an den "Tahrir-Platz" = "Platz der Befreiung" in Kairo, Ausgangspunkt der ägypt. Freiheitsbewegung) ein. Damit sollen in erster Linie Projekte aus den Sektoren Bildung und Wissenschaft gefördert werden, weil damit elementare Voraussetzungen nicht nur für eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft, sondern auch für eine auf breite Partizipation gegründete Demokratie geschaffen werden.

Weiterhin will die Bundesregierung bei der Bildung von unabhängigen **Gewerkschaften** und im Bereich Arbeits- und Tarifrecht beraten – damit sich die Lage der Arbeitnehmer verbessert und Arbeitskämpfe in konstruktive Bahnen gelenkt werden. Auch **Polizei und Sicherheitsapparat** müssen demokratischer Kontrolle unterliegen, Folter und repressive Praktiken verschwinden. In diesem sensiblen Bereich wird es eine Herausforderung sein, gangbare Ansätze zu identifizieren. Im Bereich Bildung und Kultur sollen insbesondere Hochschulkooperationen und Stipendien ausgebaut werden. Es ist offensichtlich, dass in vielen Bereichen, insbesondere im Bildungsbereich, nur ein **Anschub** geleistet werden kann und der mittel- und langfristige Erfolg dann gesichert werden kann, wenn Vorhaben über den Zweijahres-Horizont hinaus regularisiert werden.

Alle wesentlichen Vorhaben werden im Ressortkreis abgestimmt. Obwohl die Mittel vorrangig von AA-Seite programmiert werden, stehen sie grundsätzlich auch anderen Ressorts offen. Durch frühzeitige Einbindung aller Mittlerorganisationen wie auch der Politischen Stiftungen wird **Inklusivität und Transparenz** hergestellt. Angesichts der offenen Entwicklung in der Region sind die Mittel potentiell auch für andere Reformstaaten in der Region verfügbar.

Die Transformationspartnerschaften sollen sich in die erfolgreiche Kooperation der seit langem **bestehenden bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des BMZ**, bei der die **GIZ** und die **KfW** die zentralen Durchführungsorganisationen sind, sinnvoll und ergänzend einfügen. Das **BMZ** hat seine Neuzusagen für diese Zusammenarbeit mit Tunesien von 37,5 Mio. Euro im Jahr 2010 auf 97 Mio. Euro im Jahr 2011 erhöht. Diese Zusagen sehen auch die Entwicklung bedarfsgerechter Finanzierungsdienstleistungen für kleine und mittlere Unternehmen in vernachlässigten Regionen vor. Zusätzlich hat BMZ 56 Mio. Euro für mittelfristige Projekte in den Bereichen Demokratie, Beschäftigung und Wirtschaft bereitgestellt. Die Transformationspartnerschaft mit kurzfristiger ausgerichteten Projekten soll komplementär zu der langfristig angelegten Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit wirken.

Das **BMI** ist im Juli einem Wunsch des tunesischen Innenministeriums nachgekommen, erneut einen BKA-Verbindungsbeamten nach Tunis zu entsenden. Seit Frühjahr 2012 ist zudem ein Verbindungsbeamter der Bundespolizei in Tunesien tätig.

#### **4. Die Umsetzung**

Die historische Umbruchssituation erforderte sofortiges Handeln. Die Bundesregierung hat deshalb **2011** mit den vorhandenen begrenzten Mitteln zahlreiche sinnvolle Projekte angestoßen. Das **BMZ** initiierte drei offene Sonderfonds: einen Regional-Fonds für Demokratie und struktur- und ordnungspolitische Beratung in Höhe von 6 Mio. EUR, einen Regional-Fonds zur Förderung der Berufsbildung und Beschäftigung Jugendlicher in Höhe

von 8 Mio. EUR und einen Regionalfonds SANAD zur Unterstützung von Banken in der Region für die Vergabe von Krediten an KMU in Höhe von 42 Mio. EUR. Das **Auswärtige Amt** förderte mit Mitteln der Demokratieförderung und Konfliktbewältigung in Höhe von ca. 2 Mio. EUR im Jahr 2011 v. a. Maßnahmen zur Förderung demokratischen Austauschs, Stärkung der Medien / Pressefreiheit, der Förderung und Implementierung der Menschenrechte, Hilfe beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Gruppen und Wahlvorbereitung bzw. Wahlbeobachtung. Dies geschah auch im Lichte der angekündigten Wahlen in beiden Ländern zur Verfassungsgebenden Versammlung bzw. zur Volkskammer. Deutsche Akteure arbeiten seitdem v.a. mit der Zivilgesellschaft und politischen Aktivisten zusammen. Dazu kommen Regierungsstellen, soweit sie bereits zukunftsgerichtet agieren und für nachhaltige Ansätze offen sind. Über eine Einzahlung von 1 Mio. US \$ in einen Trust Fund der Vereinten Nationen (DPA MENA Trustfunds) hat Deutschland bereits 2011 gezielt die Vermittlungsarbeit der Vereinten Nationen in der Region und den Aufbau der Friedensmission der VN in Libyen (UNSMIL) unterstützt. Daneben hat die Bundesregierung früh begonnen, zur Verbesserung der Sicherheitslage in Libyen beizutragen. Mit dem Aufbau einer nationalen Behörde für die Räumung von Kampfmitteln und die Sicherung von Kleinwaffen, der Unterstützung bei der Sicherung von Chemiewaffenbeständen und gefährlichen Stoffen sowie mit unmittelbaren Projekten der humanitären Minen- und Kampfmittelräumung und der Gefahrenaufklärung hat sie sich schon 2011 mit insgesamt ca. 1,5 Mio. Euro engagiert; weitere Unterstützung unter Einbeziehung deutscher Nichtregierungsorganisationen ist für die kommenden Jahre vorgesehen.

Für **2012 und 2013** hat der Deutsche Bundestag zusätzliche **Mittel in Höhe von 100 Mio. EUR** zur bilateralen Unterstützung der Transformationsprozesse in der arabischen Welt bewilligt. Darüber hinaus ist eine Förderung von Projekten in den Transformationsländern grundsätzlich auch weiterhin aus den Mitteln für Krisenprävention und Demokratieförderung möglich, wie z.B. die Unterstützung der Wahlen im Jemen über UNDP mit 750.000 Euro Anfang 2012. Diese Mittel werden vom Auswärtigen Amt in enger Abstimmung mit den Ressorts gesteuert. Die Endlichkeit der Mittel für 2012 und 2013 begrenzt das Spektrum der Maßnahmen, die gefördert werden können. Dabei sind 40% - wie von der Bundesregierung dem Bundestag vorgetragen - für den Bildungs- und Kulturbereich vorgesehen.

Aus den Transformationsmitteln in Höhe von 100 Mio. Euro ist bereits eine Vielzahl von Projekten in Vorbereitung, darunter auch Vorhaben im Rahmen der deutsch-arabischen Bildungs-, Kultur- und Medieninitiative „Platz der Zukunft“ in Höhe von ca. 35 Mio. EUR. Es gibt somit voraussichtlich **kein Mittelabflussproblem**. Angesichts der unwägbaren politischen Prozesse in den Transformationsländern ist es angezeigt, sich in der Mittelplanung Spielraum zu bewahren.

Mittel in Höhe von ca. 2 Mio. Euro im Jahre 2012 und 3 Mio. Euro im Jahre 2013 sollen über ifa-zivik gezielt zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Deutschland und den betroffenen Ländern zur Verfügung gestellt werden. Die Betreuung der Projekte durch ifa-zivik schließt dabei bewusst auch das "capacity building" bei den Projektpartnern mit ein.

Diese zusätzlichen Mittel stehen neben den bereits **umfanglichen EZ-Mitteln**. Bis 2011 hat die Bundesregierung Kredite für die Länder der Region in Gesamthöhe von 535 Mio. EUR über die KfW abgesichert. Dieser Betrag soll auf **1.275 Mio. EUR** ansteigen. Davon erhalten

Tunesien 220 Mio. EUR, Ägypten 565 Mio. EUR, Marokko 420 Mio. EUR und Jordanien 70 Mio. EUR.

#### **4.1. Tunesien**

Mit der tunesischen Regierung hat die Bundesregierung im Juli 2011 die Einrichtung eines **Transformations-Dialogs** vereinbart, der erstmals unter Leitung des Persönlichen Beauftragten für die Arabische Welt, Botschafter Wenzel, am 13.09.2011 in Tunis stattfand. Beide Seiten zeichneten den Kooperationsfahrplan für 2012/13 vor, der schließlich in einer **Gemeinsamen Absichtserklärung** am 9. Januar 2012 in Tunis von beiden Außenministern indossiert wurde (Anlage 1). Anlässlich des Besuchs des tunesischen Premierministers Hamadi Jebali am 14. März 2012 in Berlin vereinbarten beide Seiten, den Transformations-Dialog durch einen Austausch auf Ebene der **Staatssekretäre** weiter zu intensivieren. Hierzu fand eine erste Ressortabstimmung am 27.3.2012 statt.

Die einzelnen Maßnahmen wurden sowohl in Berlin mit den relevanten Mittlerorganisationen und Ressorts, wie auch seitens der Deutschen Botschaft in Tunis mit den deutschen Akteuren vor Ort wie auch mit allen relevanten tunesischen Regierungsstellen abgesprochen. Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

**Anmerkung:** Die Projektanträge befinden sich in unterschiedlichen Stadien der Bearbeitung, die genannten Beträge bezeichnen Planungen.

<b>Projekte im Bereich Demokratisierung und Wirtschaft</b>	<b>Mittel</b>
Maßnahmen der <b>deutschen politischen Stiftungen</b> in Tunesien mit den Schwerpunkten - politische Bildung - gesellschaftlicher Dialog - Stärkung kommunaler Selbstverwaltung - Medienfreiheit - soziale Marktwirtschaft - und Sozialpartnerschaften	<b>2,46 Mio. €</b>
Beschäftigungsmaßnahmen in Tunesien („ <b>Beschäftigungspakt</b> “) – beteiligt sind AHK Tunis, DIHK, Deutsche Botschaft, Deutsche Industrie in Tunesien, GIZ; Modernisierung von Ausbildungszentren und Curricula im Bereich Energie/Tourismus, Arbeitsvermittlung	<b>8 Mio. €</b>
<b>Transformationsteams:</b> wirtschaftspolitische Beratung durch erfahrene Beamte aus dem BMWi	<b>k.A.</b>
<b>Gästeprogramm der Bundesrepublik Deutschland:</b> „Die Rolle der Medien im Transformationsprozess“; Reise für. Entscheidungsträger in Parlament, Regierung und Zivilgesellschaft	<b>k. A.</b>
<b>Berliner NRO MICT (Media in Cooperation and Transition):</b> Fortsetzung latunisievote.org: Journalistentraining, Wahlberichterstattung, Wahl-o-Mat, Abgeordneten-Watch	<b>0,58 Mio. €</b>



<b>Deutsche Welle Akademie:</b> Wahlberichterstattung und politische Kommunikation	<b>0,3 Mio. €</b>
<b>Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit:</b> Unterstützung und Beratung des Justizministeriums, der Richterschaft und der Anwaltsvereinigungen im Bereich der Gesetzgebung, bei der Reform des Strafvollzugs und der Justizverwaltung	<b>0,29 Mio. €</b>
<b>Max-Planck-Institut:</b> Bildungsveranstaltung für Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung	<b>0,35 Mio. €</b>
<b>GIZ:</b> Stärkung demokratischer kommunaler Strukturen	<b>2 Mio. €</b>
<b>Begegnungsstätte Hohenschönhausen:</b> Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheit in Tunesien	<b>0,5 Mio. €</b>
<b>Geplant gesamt ca.</b>	<b>14,48 Mio. €</b>

**Anmerkung:** Tabelle schließt Regionalprojekte ein. Die Anteile für Tunesien sind Schätzungen.

<b><u>Projekte im Bereich Kultur / Bildung / Wissenschaftskooperation („Platz der Zukunft“)</u></b>	<b><u>Mittel</u></b>
<b>Hochschulen/Wissenschaft:</b> Sonderstipendienprogramme, Alumni-Programme, Hochschulkooperationsprojekte, Entwicklung gemeinsamer Masterstudiengänge (Sozialwissenschaft/Politik, Site Management mit Schwerpunkt Museen/Archäologie), Forschungsaufenthalte, start-up grants durch DAAD, AvH, Begabtenförderungswerke der politischen Stiftungen und der Kirchen	<b>8 Mio. €</b>
<b>DAI:</b> Aus- und Weiterbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs, Intensivierung des wissenschaftlichen und kulturellen Dialogs, internationale Vernetzung	<b>0,5 Mio. €</b>
<b>Goethe-Institut:</b> Sonderprogramme in den Bereichen Zivilgesellschaft, Partizipation in Kultur- und Bildungspolitik, Qualifizierung von Bildungs- und Kulturakteuren, Unterstützung künstlerischer Produktionen	<b>1,6 Mio. €</b>
<b>Berufliche Bildung:</b> Erweiterung des CrossCulture-Praktikaprogramms um ein Modul für Transformationsländer mit Stipendien und Alumniprojekten (Institut für Auslandsbeziehungen)	<b>0,2 Mio. €</b>
<b>Medienförderung:</b> u. A. Aus- und Fortbildungsprojekte für Journalisten sowie Vertreter pol. Parteien und Regierungsinstitutionen, Bloggerseminare, DW-TV ARABIA, Koproduktion von dt. und arab. Fernsehsendern bei Bildungsprogrammen	<b>4,5 Mio. €</b>
<b>Jugendaustausch:</b> u. A. Mittelmeersonderfonds des Deutsch-Französischen Jugendwerks	<b>0,2 Mio. €</b>

<b>Deutsche UNESCO-Kommission:</b> Stärkung kulturelle Teilhabe der Zivilgesellschaft	<b>0,1 Mio. €</b>
<b>Geplant gesamt ca. (geschätzter Anteil Tunesien)</b>	<b>15,1 Mio. €</b>

***Anmerkung:** Die Anteile für Tunesien sind Schätzungen.*

<b>Weitere Regionale Projekte mit Komponenten in Tunesien</b>	<b>Mittel</b>
<b>Europäische Akademie Berlin:</b> Akademie Gute Regierungsführung – Kurse in effizienter und moderner Verwaltung für Beamte aus Schlüsselministerien (Tunesien, Ägypten, Libyen)	<b>1 Mio. €</b>
<b>Internationale Diplomatenausbildung des AA:</b> Sonderkurse zur Ausbildung von tunesischen Diplomaten	<b>0,2 Mio. €</b>
<b>Transparency International:</b> Regionalprogramm Korruptionsbekämpfung	<b>1,2 Mio. €</b>
<b>Stiftung Wissenschaft und Politik:</b> Projekt Elitenwandel und neue soziale Mobilisierung in der arabischen Welt	<b>0,15 Mio. €</b>
<b>Deutsches Institut für Menschenrechte:</b> Regionalprogramm Menschenrechte für die Arabische Welt	<b>0,5 Mio. €</b>
<b>Max-Planck-Institut für Internationales Recht:</b> Regionalprogramm Verfassungsreform in Arabischen Ländern	<b>0,1 Mio. €</b>
<b>Geplant gesamt ca. (geschätzter Anteil Tunesien)</b>	<b>3,15 Mio. €</b>

Die Bundeskanzlerin hat anlässlich des G8-Gipfels in Deauville (2011) bilaterale **Schuldenumwandlungen** i. H. v. 300 Mio. € (für die Region, auf vier Jahre) angekündigt, die den Transformationsprozess unterstützen sollen. Tunesien soll davon 60 Mio. € erhalten. Die Federführung für die Schuldenumwandlung liegt beim BMZ.

#### **4.2. Ägypten**

Mit der ägyptischen Regierung konnte die Bundesregierung im August 2011 in der „**Berliner Erklärung**“ allgemeine Grundsätze für die Kooperation vereinbaren; die innenpolitische Entwicklung dort hat aber bislang Konkretisierungen erschwert und muss weiterhin entscheidungsoffen verfolgt werden. Belastbare Vereinbarungen können erst mit einer demokratisch legitimierten Regierung nach Abschluss der Präsidentschaftswahlen getroffen werden. Wie sich eine aus Vertretern des politischen Islam gebildete Regierung zur Transformationspartnerschaft positionieren wird, ist noch nicht absehbar.

Nachstehend eine Auflistung der geplanten oder z. T. schon angelaufenen Vorhaben in Ägypten für den Zeitraum 2012/13:

**Anmerkung:** Die Projektanträge befinden sich in unterschiedlichen Stadien der Bearbeitung, die genannten Beträge bezeichnen Planungen.

<b>Projekte im Bereich Demokratisierung und Wirtschaft</b>	<b>Mittel</b>
Maßnahmen der <b>deutschen politischen Stiftungen</b> in Ägypten mit den Schwerpunkten - politische Bildung - gesellschaftlicher Dialog - Stärkung kommunaler Selbstverwaltung - Medienfreiheit - soziale Marktwirtschaft - und Sozialpartnerschaften	<b>3,1 Mio. €</b>
Beschäftigungsmaßnahmen in Ägypten („ <b>Beschäftigungspakt</b> “) – beteiligt sind AHK Kairo, DIHK, Deutsche Botschaft, Deutsche Industrie in Ägypten, GIZ; Modernisierung von Ausbildungszentren und Curricula, Arbeitsvermittlung	<b>7,3 Mio. €</b>
Vier <b>Tahrir-Lounges</b> in Kairo, Tala (Nil-Delta), al-Minya und Qena – Ausstattung und Betrieb / Management von Begegnungszentren für politische Aktivisten und zivilgesellschaftliche Akteure, Fortbildungsveranstaltungen, Workshops – <b>Goethe-Institut, ägyptische NROen</b>	<b>6 Mio. €</b>
<b>El-Sadat-Association, NRO Inmedio:</b> Umfassendes Projekt zur fachlichen und organisatorischen Beratung für neue ägyptische Parlamentarier	<b>1 Mio. €</b>
<b>Transformationsteams:</b> wirtschaftspolitische Beratung durch erfahrene Beamten aus dem BMWi	<b>k. A.</b>
<b>Gästeprogramm der Bundesrepublik Deutschland:</b> „Parlamentarische Praxis“: Einblick in parlamentarische Praxis des Bundestages und Erfahrungsaustausch mit MdBs	<b>k. A.</b>
<b>Berliner NRO MICT (Media in Cooperation and Transition):</b> Fortsetzung egyptvotes.org: Journalistentraining, Wahlberichterstattung, Wahl-o-Mat	<b>0,6 Mio. €</b>
<b>Deutsche Welle Akademie:</b> Projekte zu politischer Kommunikation/Journalistenfortbildung	<b>0,3 Mio. €</b>
<b>Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit:</b> Projekte der rechtlichen Zusammenarbeit mit Justizministerium, Richterschaft und Anwaltsvereinigungen	<b>0,27 Mio. €</b>
<b>Charité:</b> Rechtsmedizinische Kooperation, Forensisches Labor	<b>1 Mio. €</b>
<b>GIZ:</b> „New Civic Spaces“ für Jugendliche – landesweite Jugendzentren	<b>1,2 Mio. €</b>
<b>NRO Masrena Association for Charity, Ashraf al-Sharkawy:</b> Fortsetzung Projekt „Freiheitsbus“: Freiwillige informieren Bevölkerung landesweit über Demokratie, Freiheits- und Menschenrechte	<b>0,9 Mio. €</b>
<b>NRO CSSP:</b> Trainingsmaßnahmen für neue politische Akteure zur demokratischen Meinungsbildung	<b>0,2 Mio. €</b>

<b>UNDP:</b> Unterstützung eines Projektes der Minen- und Kampfmittelräumung im Raum Al-Alamein Dez. 2011 bis Dez 2012	<b>0,75 Mio. €</b>
<b>Geplant gesamt ca.</b>	<b>22,67 Mio. €</b>

**Anmerkung:** Die Anteile für Ägypten sind Schätzungen.

<b><u>Projekte im Bereich Kultur / Bildung / Wissenschaftskooperation („Platz der Zukunft“)</u></b> (Regionale Maßnahmen mit Komponenten in Ägypten)	<b><u>Mittel</u></b> (geschätzt anteilig Ägypten)
<b>Hochschulen/Wissenschaft:</b> Sonderstipendienprogramme, Alumni-Programme, Hochschulkooperationsprojekte, Entwicklung gemeinsamer Masterstudiengänge (Sozialwissenschaft/Politik, Site Management mit Schwerpunkt Museen/Archäologie), Forschungsaufenthalte, start-up grants durch DAAD, AvH, Begabtenförderungswerke der politischen Stiftungen und der Kirchen	<b>12 Mio. €</b>
<b>DAI:</b> Aus- und Weiterbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs, Intensivierung des wissenschaftlichen und kulturellen Dialogs, internationale Vernetzung	<b>0,9 Mio. €</b>
<b>Goethe-Institut:</b> Sonderprogramme in den Bereichen Zivilgesellschaft, Partizipation in Kultur- und Bildungspolitik, Qualifizierung von Bildungs- und Kulturakteuren, Unterstützung künstlerischer Produktionen	<b>2,4 Mio. €</b>
<b>Berufliche Bildung:</b> Erweiterung des CrossCulture-Praktikaprogramms um ein Modul für Transformationsländer mit Stipendien und Alumniprojekten (Institut für Auslandsbeziehungen)	<b>0,2 Mio. €</b>
<b>Medienförderung:</b> u. A. Aus- und Fortbildungsprojekte für Journalisten sowie Vertreter pol. Parteien und Regierungsinstitutionen, Bloggerseminare, DW-TV ARABIA, Koproduktion von deutschen und arabischen Fernsehsendern bei Bildungsprogrammen	<b>5 Mio. €</b>
<b>Jugendaustausch:</b> u. A. Mittelmeersonderfonds des Deutsch-Französischen Jugendwerks	<b>0,3 Mio. €</b>
<b>Deutsche UNESCO-Kommission:</b> Stärkung kultureller Teilhabe der Zivilgesellschaft	<b>0,1 Mio. €</b>
<b>Geplant gesamt ca. (geschätzter Anteil Ägypten)</b>	<b>20,9 Mio. €</b>

**Anmerkung:** Die Anteile für Ägypten sind Schätzungen.

<b><u>Weitere Regionale Projekte mit Komponenten in Ägypten</u></b>	<b><u>Mittel</u></b> (geschätzt anteilig Ägypten)
<b>Europäische Akademie Berlin:</b> Akademie Gute Regierungsführung – Kurse in effizienter und moderner Verwaltung für Beamte aus Schlüsselministerien (Tunesien, Ägypten, Libyen)	<b>1 Mio. €</b>

<b>Internationale Diplomatenausbildung des AA:</b> Sonderkurse zur Ausbildung von ägyptischen Diplomaten	<b>0,2 Mio. €</b>
<b>Transparency International:</b> Regionalprogramm Korruptionsbekämpfung	<b>1 Mio. €</b>
<b>Stiftung Wissenschaft und Politik:</b> Projekt Elitenwandel und neue soziale Mobilisierung in der arabischen Welt	<b>0,15 Mio. €</b>
<b>Deutsches Institut für Menschenrechte:</b> Regionalprogramm Menschenrechte für die Arabische Welt	<b>0,5 Mio. €</b>
<b>Max-Planck-Institut für Internationales Recht:</b> Regionalprogramm Verfassungsreform in Arabischen Ländern	<b>0,2 Mio. €</b>
<b>Geplant gesamt ca. (geschätzter Anteil Ägypten)</b>	<b>3,05 Mio. €</b>

Aus der oben erwähnten **Schuldenumwandlung** soll Ägypten bis zu 240 Mio. € erhalten. Die Federführung für diese Schuldenumwandlung liegt beim BMZ. Endgültige Vereinbarungen finalisiert die Bundesregierung erst nach Übergabe der Macht mit einer neuen zivilen Regierung.

## **5. Die Ebene der Europäischen Union**

Auf EU-Ebene beschleunigte sich durch die politischen Umwälzungen in Nordafrika die Diskussion über eine Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Diese soll sich künftig stärker an konkreten Demokratiefortschritten der Partnerländer ausrichten. Dieser Politikwechsel wurde durch zwei Mitteilungen der EU-Kommission<sup>1</sup> vorbereitet und durch den Rat gebilligt. In den Ratsschlussfolgerungen vom 20.6.2011 bekennt sich die EU zu **stärkerer Konditionalität**. Jene Staaten, die deutliche Fortschritte bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erzielen, sollen auch mehr Unterstützung erhalten („mehr für mehr“). Dieser Politikwechsel wird nun schrittweise umgesetzt.

Zur besseren Unterstützung der Transformationsprozesse stellt die EU zusätzliche Instrumente zur Verfügung: im Rahmen der „SPRING“ Initiative (*Support for Partnership, Reform and Inclusive Growth*) werden für 2011 bis 2012 weitere 350 Mio. EUR für Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien bereitgestellt. Zudem wurde eine Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft eingerichtet (jeweils rd. 11 Mio. EUR für östliche und südliche Nachbarschaft). Die jährliche Unterstützung der EU für den südlichen Mittelmeerraum erhöht sich somit auf mehr als 1 Milliarde €. Diese Mittel werden in erster Linie für Sektorbudgethilfen und technische Unterstützung genutzt.

Die Transformationsländer sollen zudem von weiterer **Marktöffnung** und **Mobilitäts erleichterungen** profitieren. Am 14.12.2011 hat der Rat der Kommission Verhandlungsmandate für „Vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen“ (DCFTAs) mit Tunesien, Ägypten, Marokko und Jordanien zugestimmt. Mit Marokko und Tunesien wurde ferner im Rahmen des EU-Gesamtansatzes Migration ein „Dialog über Migration, Mobilität

<sup>1</sup> Gemeinsame Mitteilung der Kommission und des EAD vom 8.3.2011 (*A Partnership for Democracy and Shared Prosperity with the Southern Mediterranean*), gemeinsame Mitteilung der Kommission und des EAD vom 25.5.2011 (*Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel*).

und Sicherheit“ aufgenommen. Dieser soll zum Abschluss von Mobilitätspartnerschaften führen und diese begleiten. Sobald die politischen Umstände es ermöglichen, werden auch mit Ägypten und Libyen ein solcher Dialog und Mobilitätspartnerschaften angestrebt.

In einem gemeinsamen Brief vom 3.2.2012 konkretisieren die Hohe Vertreterin Ashton und Kommissar Füle ihre Vorstellungen zur Umsetzung des "mehr für mehr" Prinzips. Sie entwerfen u. A. eine Liste mit Indikatoren, anhand derer Fortschritte bis hin zu einer tragfähigen Demokratie gemessen werden können. Zudem wird die Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik durch die **Neufassung der Verordnung des Finanzinstruments** der ENP geprägt werden. Diese wird gegenwärtig in Brüssel verhandelt. Die Umsetzung der neuen ENP wird ferner von der Verabschiedung neuer **Aktionspläne** abhängen, die die Prioritäten für Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten festlegen. Laut EAD sollen diese Aktionspläne künftig konkretere Benchmarks und Indikatoren umfassen, an denen Reformfortschritte der Partnerstaaten gemessen werden können.

Zur besseren Koordinierung sämtlicher Maßnahmen und Instrumente der EU wurde im Juli 2011 ein **EU-Sonderbeauftragter für den südlichen Mittelmeerraum**, der spanische Diplomat Bernardino León, ernannt. Er organisiert unter anderem so genannte EU Task Force-Treffen mit den Transformationsländern. Ein erstes Task Force Treffen zu Tunesien fand am 28.9. in Tunis unter Co-Vorsitz HVin Ashton und PM Essebsi statt.

Zwischen **EAD, Kommission**, dem EU-Sonderbeauftragten und den Mitgliedstaaten findet regelmäßige Koordinierung des EU-Handelns statt. Dies erfolgt im institutionell vorgesehenen Rahmen (v. A. in den zuständigen Ratsarbeitsgruppen sowie im Ausschuss des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments) sowie durch Vernetzung auf Arbeitsebene. Die **EU-Delegation** in Tunis lädt regelmäßig zu Koordinierungstreffen die vor Ort vertretenen Mitgliedstaaten wie auch weitere Akteure (UNDP, USA, Schweiz etc.) ein. Es wurden Unterkordinierungsgruppen zu den Bereichen Medien und Zivilgesellschaft eingerichtet.

Der **Persönliche Beauftragte von Bundesaußenminister Westerwelle für die Arabische Welt**, Botschafter Wenzel, steht in engem Kontakt mit dem EU-Sonderbeauftragten, der im Dezember 2011 zu Gesprächen nach Berlin reiste. Der im Auswärtigen Amt für die Koordinierung der Transformationshilfen zuständige **Arbeitsstab** hat ebenfalls im Rahmen von Gesprächen u. A. in Paris, Brüssel und Tunis die Grundlage für eine engere Abstimmung geschaffen.

In Libyen führt die EU derzeit Bedarfsanalysen in den Bereichen Grenzschutz, Zivilgesellschaft (insbesondere Frauen und Jugend) sowie Öffentlichkeitsarbeit (public messaging, Medien) durch. Die Planungen im Bereich Grenzschutz werden von dem Krisenmanagement und Planungsdirektorat (CMPD) im EAD vorangetrieben. Die EU-Kommission, speziell die Generaldirektion für Entwicklungszusammenarbeit (DG Devco) ist für Zivilgesellschaft und Medien zuständig. Ein 10-köpfiges EU-Expertenteam ist seit 01.03.2012 im Rahmen der dreimonatigen Bedarfsanalyse im Bereich Grenzschutz vor Ort. Deutschland beteiligt sich mit einem Experten. Ziel der Mission ist es, den genauen Bedarf der libyschen Behörden auf dem Gebiet der Grenzsicherung und des Grenzmanagements zu ermitteln, um ggf. mit Maßnahmen der GSVP darauf reagieren zu können. Abstimmungen über ein mögliches GSVP Engagement sowie eine generelle Ausweitung der EU-Aktivitäten in Libyen halten an. Diese werden auch maßgeblich vom weiteren politischen Prozess in Libyen abhängen.

## **6. Die Deauville-Partnerschaft der G8**

Auf wesentliches deutsches Mitbetreiben kam unter französischem G8-Vorsitz die Deauville-Partnerschaft zustande. Sie schließt neben den G8, der EU und den Internationalen Finanzinstitutionen die fünf Transformationsländer Tunesien, Ägypten, Marokko, Libyen und Jordanien sowie die wichtigen Regionalländer Türkei, Saudi-Arabien, Qatar, Vereinigte Arabische Emirate und Kuwait mit ein. Am 20.9. verabschiedeten die G8-Außenminister und ihre Amtskollegen aus den fünf Transformationsstaaten und den fünf Regionalpartnern in New York eine gemeinsame Erklärung ("**Deauville-Partnership-Joint Declaration of the Foreign Affairs Ministers**").

Die Deauville-Partnerschaft ist ein Signal an die Transformationsländer der arabischen Region für eine politische und wirtschaftliche Unterstützung ihrer Demokratisierungs- und Transformationsprozesse. Die Deauville-Partner und Internationale Finanzinstitutionen haben 2011 Kredite und Finanzhilfen von insges. **38 Mrd. USD** in Aussicht gestellt. Unter dem Vorsitz der USA zeichnet sich eine gewisse Verschiebung der Gewichte ab: während 2011 noch die politische Säule (u. A. Forderung nach Verbesserungen im Bereich Menschenrechte, Stärkung der Rolle der Frau, Schutz religiöser Minderheiten) gleichberechtigt neben der wirtschaftlichen stand, so wird nun von den USA versucht, beim G8-Gipfel in Camp David (18./19. Mai) den Schwerpunkt auf Gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, Handel und Investitionen zu legen.

## **7. Unterstützung der Vereinten Nationen**

Seit Januar 2011 trägt **Deutschland als nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat** der Vereinten Nationen eine besondere Verantwortung für Frieden und Sicherheit. Die Veränderungen in Nordafrika haben unsere SR-Mitgliedschaft in besonderer Weise geprägt. Neben der operativen Bewältigung der aktuellen Konflikte in Libyen und Jemen als ein Kerngeschäft des Sicherheitsrates wollen wir auf die Beachtung von strukturellen Fragen, die über den Tag hinaus wirken, hinarbeiten. Wir sehen im Sicherheitsrat mehr als ein Krisenmanagement-Organ, vorausschauende Konfliktverhütung beinhaltet auch die Berücksichtigung humanitärer, menschenrechtlicher und ökologischer Anliegen.

Die zu **Libyen** beschlossene Resolution 1973 markierte den vorläufigen Höhepunkt eines Trends zu großer Eingriffstiefe des Sicherheitsrats, wenn es um den Schutz von Zivilisten geht. Der Sicherheitsrat autorisierte damit die Anwendung „aller notwendigen Mittel“ und einer Flugverbotszone. Wir haben uns intensiv an der Ausgestaltung und Umsetzung des Libyen-**Sanktionsregimes** im Sicherheitsrat beteiligt. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht nun vor allem die VN-Rolle in der Nachkonfliktzeit, insbesondere die VN-Mission UNSMIL (United Nations Support Mission in Libya). Deren wichtigste Aufgaben sind: Unterstützung der libyschen Behörden bei öffentlicher Ordnung und Rechtstaatlichkeit, politischem Dialog, Wahlen, Verfassungsgebung, Stärkung staatlicher Institutionen und Verwaltung, Menschenrechtsschutz und rechtlicher Aufarbeitung, Kontrolle von Waffen und beim Wiederaufbau, Koordinierung der internationalen Unterstützung.

Deutschland hat bereits erfolgreich Hilfe bei der Kontrolle von Chemiewaffen, Minenräumung, Aufbau von Medien und bei der Behandlung von über 1.000 Verletzten

geleistet. Deutschland ist auf Wunsch der libyschen Regierung zu weiterer Unterstützung bereit.

Im **Jemen** hat das Machttransferabkommen vom 23. November 2011 ein Abgleiten in den Bürgerkrieg verhindert. Dennoch bleibt erhebliches Konfliktpotential bestehen. Damit der Transitionsprozess sich fortsetzt und vertieft, müssen die vorgesehenen Umsetzungsschritte folgen. Aus unserer Sicht ist die Aufrechterhaltung des internationalen Drucks entscheidend, wir mahnen im Sicherheitsrat ein gewalt- und provokationsfreies Umfeld an und fordern die konstruktive und inklusive Umsetzung des Transitionsabkommens und der VN-Sicherheitsratsresolution vom Oktober 2011 ein. Es geht jetzt darum, die neue Regierung unter Präsident Hadi zu bestärken und gleichzeitig die Protestbewegung der Straße einzubeziehen.

Deutschland ist traditionell ein wichtiger Akteur im Jemen und setzt sich seit langem für Reformen zur Stabilisierung des Landes ein. Die Bundesregierung unterstützt den Übergangsprozess nach besten Kräften, um so zur Stabilität und demokratischen Entwicklung beizutragen. Wir sind insbesondere engagiert bei der Unterstützung des nationalen Dialogs und halten engen Kontakt zu VN-Berater Jamal Benomar.

## **8. Unterstützung der OSZE**

Deutschland hat 2011 in Zusammenarbeit mit seinen EU-Partnern in der OSZE kontinuierlich und aktiv die Bemühungen der OSZE zur Förderung der demokratischen Entwicklung im südlichen Mittelmeerraum unterstützt. ODIHR (Office for Democratic Institutions and Human Rights) organisierte eine Ausbildungsveranstaltung zu den Themen „Wahlbeobachtung“ und „Monitoring von Menschenrechten“ für ägyptische Nichtregierungsorganisationen im Juli 2011 sowie für ägyptische, tunesische und marokkanische Nichtregierungsorganisationen in Montenegro im Oktober 2011 am Rande der Mittelmeer-Konferenz der OSZE.

Die OSZE hat weitere Kooperation mit den Transformationsstaaten angeboten, u. A. in den Bereichen „Bekämpfung von Terrorismus und Menschenhandel“, „Gleichstellung der Geschlechter“, „Unterstützung der politischen Beteiligung von Frauen“ sowie zu nachhaltigen Energielösungen.

Deutschland unterstützte mit 40.000.- Euro eine Konferenz für Vertreter der Zivilgesellschaften aus den OSZE-Teilnehmerstaaten (30 Vertreter) und den Mittelmeer-Partnerländern (49 Vertreter) zu den Themen Wahlen, politische Partizipation (inklusive Gleichberechtigung) und Reform des Rechts- und Justizwesens.

Das Projekt „Übersetzung des OSZE/ODIHR-Handbuchs Wahlbeobachtung“ ins Arabische wurde von Deutschland 2011 mit 20.000.- Euro gefördert.

## **9. Europarat**

Auch der Europarat unterstützt die Staaten des südlichen Mittelmeerraums beim Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Grundlage hierfür ist ein Beschluss des Ministerkomitees vom Mai 2011. Konkrete Aktionspläne mit Projektvorschlägen wurden bereits für Marokko und Tunesien entwickelt. Die Zusammenarbeit mit den MENA-Staaten erfolgt durch Nutzung



bestehender Instrumente und Strukturen des Europarats. So berät die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) die Staaten der Region in Fragen des Verfassungs- und Wahlrechts. Das Nord-Süd-Zentrum des Europarates beteiligt sich an Projekten für den Aufbau der Zivilgesellschaft und im Bildungsbereich. Die Pompidou-Gruppe des Europarats befasst sich mit der Bekämpfung des Drogenhandels und Drogenmissbrauchs. Darüber hinaus haben Staaten der MENA-Region die Möglichkeit, ausgewählten Übereinkommen des Europarats beizutreten. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats verlieh Marokko den Status "Partner für Demokratie". Die Bundesregierung unterstützt den Europarat aktiv in seinen Bemühungen, geeignete Maßnahmen zur Unterstützung von Reformen in den MENA-Staaten zu erarbeiten und umzusetzen.

## **10. OECD**

Erklärtes Ziel der MENA-Initiative der OECD ist es, den Reformprozess in den MENA-Ländern durch Stärkung der Kenntnisse in Regierung und Verwaltung zu unterstützen (Kapazitätsaufbau). Die OECD zielt auf eine Verbindung von der notwendigen politischen Unterstützung vor Ort (Durchführung hochrangiger Konferenzen) mit dem technischen Fachwissen, das durch die Peer Reviews ihres MS bereitgestellt werden kann. Zusätzlich wird durch die Zusammenarbeit in den Arbeitsgruppen auch der Austausch der MENA-Länder untereinander gefördert.

Die MENA-Initiative besteht aus zwei Bereichen: Regierungsführung und Investitionspolitik. Jeder Bereich betreut Arbeitsgruppen zu von den Ländern gewünschten Themen. Die Leitung der Arbeitsgruppen erfolgt durch einen Vorsitzenden aus einem MENA-Land unterstützt durch stellvertretende Vorsitzenden aus OECD-MS (DEU-Botschafter Westerhoff ist Co-Vorsitzender des Bereichs Regierungsführung).

Das Arbeitsprogramm der Initiative insgesamt wird von einer Steuerungsgruppe beschlossen, die sich aus den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen und der OECD zusammensetzt. Sowohl die MENA-Länder als auch die OECD-MS beteiligen sich entsprechend ihrer Interessen an den Arbeitsgruppen. Parallel zu der Arbeit in den Arbeitsgruppen werden länderspezifische Arbeitspläne vorgelegt, die die nationalen Wünsche für einen Reformprozess berücksichtigen.